

# 6. Grundsatz- referat des Lan- desvorsitzenden Johannes Rau



Liebe Genossinnen und Genossen,

unser letzter Parteitag war am 27. Juni 1981 in Köln. In der damals zu Ende gegangenen Phase, über die Bericht zu erstatten war, lag die Landtagswahl, die wir gewonnen hatten am 11. Mai mit mehr als 48 %. Wir hatten einen Bundestagswahlkampf bestanden, ohne den Wahlerfolg vom Oktober als Wahlsieg zu empfinden. Viele von uns hatten schon das lähmende Gefühl, der Partner in der Koalition wolle zum Gegner der Regierung werden und wenige Wochen später fiel zum ersten Mal das Wort von der Wende. Wir haben seitdem manche, nicht nur manche schmerzhaft Erfahrung mit Gegnern und früheren Partnern gemacht. Wir haben auch festgestellt, manche Disziplinlosigkeit in der eigenen Partei hat sich als Vielfalt garniert. Wir hatten seit diesem Parteitag in Köln vor 2 Jahren

wieder mancherlei erlebt und erlitten, mitgestaltet und erfahren. Erfahren und erlitten hatten wir den Regierungssturz in Bonn. Gefreut haben wir uns daran und darüber, daß im November des vergangenen Jahres, 6 Wochen nach dem kalten Machtwechsel, an die 100.000 Menschen zu uns gekommen sind zum Nordrhein-Westfalen-Tag in Dortmund und uns gezeigt haben, wir sind eine große politische Kraft, auch wenn wir in Bonn nicht regieren für eine Zeit. Dann haben wir den 6. März erlebt, die Niederlage, die kein Betriebsunfall war und die jetzt noch bei manchen unter uns zu Unsicherheit und zu gelähmtem Schweigen führt. Wir haben auch Gutes erlebt. Seit diesem ersten Oktober sind allein in Nordrhein-Westfalen 15.000 Menschen neu zur SPD gekommen. Allein in diesen Monaten haben wir ihnen schon Heimat gegeben, haben wir ihnen schon die Chance der Mitarbeit eröffnet und da ist dann noch vieles zu tun. Genug Wähler freilich haben wir am 6. März nicht gefunden. Ich widerspreche der Legende, die Bundestagswahl sei zuerst in Nordrhein-Westfalen verloren worden. Alles spricht dagegen. Aber auch wenn wir sagen, daß wir in Nordrhein-Westfalen nicht zuerst verloren haben, dürfen wir uns nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir vorherige Zahlen nicht erreicht, daß wir nicht das hinzugelegt haben, was bei anderen fehlte, und so gehen wir in diesen Parteitag mit der Erfahrung dieser Niederlage und hoffentlich auch mit den Lehren aus dieser Niederlage. Wenn wir jetzt 1983 unseren Parteitag haben und wenn viele hier sind, als Delegierte, als Gäste und als Zuhörer, die in den letzten 10 oder 15 Jahren zu uns gefunden haben, dann darf man wohl zusätzlich daran erinnern, daß das Jahr auch noch etwas mit einem anderen Jubiläum zu tun hat, mit einem schmerzhaften. Vor 25 Jahren ging der erste Versuch einer sozialdemokratischen Regierung zu

Ende. Das Wahlergebnis machte es nicht möglich, daß Fritz Steinhoff seine Arbeit weiter tat, obwohl er die Stimmen nicht verloren hatte, sondern die FDP halbiert wurde. Vor 25 Jahren starb ein Mann, der nicht unserer Partei angehört hat, der unser politischer Gegner war und an den wir in den nächsten Tagen voller Respekt denken, ohne ihn für uns vereinnahmen zu wollen. Ich meine Karl Arnold, der davon gesprochen hat, daß Nordrhein-Westfalen das soziale Gewissen der Bundesrepublik sein müsse und bleiben müsse.



Die CDU, in der er damals stand, als er nach dem Kriege Rudolf Amelunxen folgte, war eine andere CDU als die von heute. Seine Freunde hießen Ernst Lemmer und Jakob Kaiser, und Gustav Heinemann war auch dabei. Wir möchten, es gäbe heute noch solche Männer und wir müßten uns nicht herumschlagen mit Zimmermann, Dregger und Geißler und denen, die mit ihren wortradikalen Formulierungen die Demokratie gefährden und eine junge Generation abstoßen. Wir haben von Herrn Geißler im Bundestagswahlkampf gehört.

So, wie er damals das Wort vom totalen SPD-Staat erfunden hat, und so, wie er 1980 die sogenannte Rentenlüge erfunden hat und dann im letzten Wahlkampf die sogenannte Mietenlüge, das mag man ja alles noch verstehen als das taktische Finassieren, um den Gegner in eine Ecke zu bringen und von Themen abzulenken. Aber wenn jemand die Pazifisten und Auschwitz zusammen in einem Atemzug nennt, dann ist Feierabend, das lassen wir nicht zu.

Daß Bertha von Suttner oder Carl von Ossietzki als Leute diffamiert werden, die Vorschub geleistet haben, und dann in die Ecke getrieben, den Rückzug von Engländern und Franzosen, was hat der Mann eigentlich für ein Verständnis von Außenpolitik, wie geht er eigentlich mit befreundeten Völkern um?

Wir sagen, wir werden dem widerstehen, daß verbaler Radikalismus bloß um der Macht willen im Inneren Flurschaden anrichtet und im Äußeren Unfrieden sät. Aber, Genossinnen und Genossen, täuschen wir uns bei aller Empörung nicht. Nach dem 6. März hat sich vieles schmerzhaft verändert. Wir beschimpfen keine Wähler, sondern wir fragen uns, woran es denn wohl gelegen haben könnte, aber wir sagen gleichzeitig - und das sagen wir im Blick auf die Kommunalwahl im nächsten Jahr und im Blick auf die Landtagswahl in 2 Jahren - und da nehme ich nun das Wort von Heiner Geißler einmal umgekehrt auf, es darf nicht zum totalen CDU-Staat kommen, das tut unserem Volk nicht gut.

Der Bundespräsident, vor dessen Arbeit ich, einer, der ihn nicht gewählt hat, hohen Respekt bekunde, der Bundespräsident kommt aus der CDU. Der Bundestagspräsident kommt aus der CDU, der Präsident des Verfassungsgerichts kommt aus der CDU, der Bundeskanzler ist der Vorsitzende der CDU. Sieben von elf Ländern, sechs von acht Flächenstaaten sind in Händen von CDU und CSU. Freunde, wenn uns das nicht wach macht, wenn uns das nicht auf Trab bringt, was soll denn die Sozialdemokraten auf Trab bringen? Aber sehen wir genauer hin: 1972 stellte die SPD im Bundesgebiet 47 Oberbürgermeister, 1983 sind es noch 35. Von den 396 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen ist weniger als 1/3 sozialdemokratisch bestimmt. Und wer sich die Situation in den Rundfunk- und Fernsehanstalten ansieht, der weiß ja, daß da inzwischen die Union das Sagen hat. Um so mehr werden wir Sozialdemokraten für den freien, für den kritischen, für den auch uns gegenüber kritischen Journalismus eintreten, damit nicht von oben das Wort vom "Schwarzfunk" entsteht, nachdem man uns den "Rotfunk" jahrelang vorgeworfen hat. Die Journalisten müssen wissen, auf wen sie rechnen können. Und wir müssen es ihnen sagen, auch da, wo sie uns nicht nach dem Munde reden oder schreiben. Die Freiheit des Wortes muß gelten: Auch wenn gegenwärtig viele in den Medien noch gar nicht begriffen haben, wie weit die Wende eigentlich geht. Es gibt ja zwei Stichwörter aus dem letzten Halbjahr. Da ist das Wort vom "Aufschwung" und da ist das Wort von der "Wende". Leider kann man über den Aufschwung nicht viel sagen, denn der ist ja nur an Plakattafeln erschienen. In Arbeitslosenzahlen, da ist er erschienen. Aber von der Wende muß man reden. Übrigens, was den Aufschwung angeht, ich bin auch für Unternehmergewinne. Ich bin dagegen, daß man die Rendi-

te eines Unternehmens als Profit diffamiert, denn man braucht das. Und die Kapitalausstattung vieler Unternehmen ist noch zu gering. Aber ich sage dennoch, ein Aufschwung, der nur in den Renditen und nur im Couponschneiden stattfindet und nicht im Abbau der Arbeitslosigkeit, der kann uns gestohlen bleiben. Das ist kein Aufschwung.

Aber die Wende ist total. Da wird als Versuchsballon seit 14 Tagen in die Luft gegeben, das Rentenalter für Frauen solle erhöht werden. Und Norbert Blüm dementiert das immer. Wir danken für das Dementi, aber wir wüßten mal gerne, woher kommt eigentlich die Vorlage, in der das steht? Aus welchem Ministerium stammte denn diese Vorlage? Die Wende ist deutlich, man muß nur Zeitungen lesen und Fernsehen zur Kenntnis nehmen und Rundfunk hören. Das Klima zwischen Ost und West ist auch innerdeutsch wieder vereist. Kein Wunder, wenn da philosophiert und fabuliert wird von neuen Grenzen und von der Veränderung der Grenzen, die nach den Ostverträgen zustande gekommen sind. Ein völlig unnötiger Konflikt, den nun wahrlich weder wir Deutschen vertragen können noch das polnische Volk, mit dem es so viel Solidarität gibt. Die Gewerkschaften werden genüßlich gedemütigt, das Arbeitslosengeld wird gekürzt und die Sozialhilfe steigt. Wieder eine Umverteilung! Wieder eine Umverteilung,

diesmal aber eine zu Lasten der Gemeinden, die auf der Sozialhilfe sitzen, die ihre übrigen Aufgaben nicht mehr wahrnehmen können.

Wie wäre das, wenn eine Bundesregierung, die Steuererleichterung und Steuerkürzungen verspricht, einmal ihre eigenen Steuern kürzte, statt die der Länder und der Gemeinden!

Das Unterhaltsgeld bei beruflicher Bildung, die Mittel für berufliche Rehabilitation werden gekürzt. Das ist eine merkwürdige Symmetrie. Das Mutterchaftsgeld wird um 1/3 reduziert und bei den Subventionen wird 1 % weggenommen. Wenn das nicht Umverteilung von unten nach oben ist! Wir müssen in die Offensive. Wir müssen aussprechen, was ist und wir müssen auch hinzufügen, was wir getan haben. Wir müssen auch reden von dem, was wir an Schmerzlichem hätten tun müssen, damit wir in der Opposition glaubwürdig sind. Und da darf man nicht jede Kürzung ablehnen, aber da muß man davon reden, ob es eigentlich soziale Ausgewogenheit gibt. Ob Norbert Blüm eigentlich tätig ist für die Rentner und für die Arbeitnehmer oder nur für Tagesschau und Tagesthemen. Das wollen wir gerne wissen.

Nun mag mancher, Genossinnen und Genossen, denken, da setzt der sich mit der Union auseinander, aber da gibt's doch



im eigenen Bereich auch einiges zu erörtern. Ich will das tun. Denn Parteitage der SPD dürfen nichts verschleiern und nichts verkleiden. Und wir müssen so miteinander umgehen, daß wir das schwierige Aussprechen und die Lösungen miteinander suchen. Viele von uns sind in diesen Tagen bestürzt über die Tatsache, daß aus der Regierung, die ich seit fast 5 Jahren führe, einer der Farbigsten und einer der Profilertesten ausgeschieden ist und dabei noch die Tür laut zugeschlagen hat. Ich meine Hans Otto Bäumler. Wir kennen sein Temperament und Ihr kennt meins. Wir sind unterschiedlich. Wir haben es uns oft nicht leicht gemacht, und ich bin auch nicht Regierungschef geworden, um es leicht zu haben. Ich kann auch für den Fall, daß Ihr mich heute wiedewählt, nicht sagen, ich mach's Euch allen leicht, denn die Partei hat jeden mit seinen Stärken und mit seinen Schwächen. Und ich bitte wahrlich nicht um irgend eine demonstrative Zahl, sondern um ehrliche Ergebnisse. Ich habe Stärken und Schwächen. Aber nur so wie ich bin, nur so kann die Partei mich haben und nur so kann das Land mich haben.

Nun gibt es neben den Stärken und den wirklichen Schwächen auch solche, die werden einem bloß zugeschrieben. Und manche geben fahrlässig Anlaß, das Zuschriebene immer wieder festzuschreiben. Ich habe hier heute vor 6 Jahren gesagt, niemand halte Behutsamkeit in der Sprache für zögernd in der Sache. Dabei bleibe ich und füge hinzu: Bei manchem Medikament, das öffentlich verabreicht wird und das gemeint ist als Stärkung, ist die Nebenwirkung so schlimm, daß sie die gewollten Wirkungen mehr als aufhebt. Und nach dem das ausgesprochen worden ist, sage ich: Das Bündnis der Vernunft, das, was Hans Otto Bäumler mit dem Stichwort "Waldläufer und Malocher" bezeichnet hat, das bleibt und das bleibt vernünftig und das bleibt nötig, aber es muß auch vernünftig eingefordert werden. Laßt uns nicht in die Alternative Wald oder Revier geraten, Natur oder Technik, Arbeit oder Gesundheit. Der eine meint, ein Befreiungsschlag sei gut, der Zuständigkeiten verändert. Ich bleibe bei einer behutsamen, bei einer beharrlichen, bei einer zielbewußten Fortsetzung meiner Arbeit.

Ich höre viel auf Experten, Wissenschaftler und Statistiker, aber ich nehme denen nicht gleich alles ab. Wie oft haben die sich schon geirrt. Die Bürger haben Ansprüche, ökologische, materielle und soziale. Arbeitsplätze

und Umwelt sind gleichwertig, aber wo die Gesundheit gefährdet ist, muß Umweltschutz absoluten Vorrang haben. Freilich, die CDU diskutiert bei uns seit Monaten, wer 1985 wohl die besseren Chancen habe, um die SPD und den Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen zu schlagen. Herz oder Kopf, Kopf



oder Herz, Herz und Kopf, Kopf und Herz. Laien könnten glauben, da gehe es um eine Organbank. Richtig ist, Mundwerk allein tut's nicht. Da muß schon jemand ganz und mit seinem ganzen Einsatz bereit sein. Aber ich frage angesichts dieses Bildes der Union in diesen Wochen ebenso freimütig, wenn's schon der Opposition so schwer fällt, sich auf das angeblich richtige Gegenbild zu einigen, müssen wir dann eine neue Diskussion entfachen oder für die neue Diskussion Material liefern?

Genossinnen und Genossen, um es nicht zu ernsthaft werden zu lassen: Wenn ich mir den seit Monaten anhaltenden Familienstreit in der CDU "in diesem unserem Lande" ansehe, dann stellt sich ja nicht nur bei mir, sondern auch bei manchem von den unmittelbar Beteiligten und Betroffenen ein, was der alte kluge Spötter Karl Kraus einmal gesagt hat. Er hat gesagt: "An dem Wort Familienbande ist viel Wahres dran." Nun erleben wir ja diese ganze Diskussion in der Union auf dem Hintergrund, das Revier müsse erobert werden. Da mag es alle möglichen Strategien geben. Sie können nicht Erfolg haben. Wer das Revier gewinnen will, der muß hier Wurzeln haben, wenn etwas machtvoll wachsen soll. Da kann man nicht ein paar kleine Setzlinge oder ein paar Ablager aus dem alten Blumenkasten bringen, und da genügt kein schlagzeilen-trächtiger Auftritt mit dem Jeep, als ob das Ruhrgebiet Safariland wäre. In der Regierungserklärung von Helmut Kohl steht übrigens nur ein Satz zum Ruhrgebiet, und der hilft nicht weiter. Des-

halb wollen wir unsere Positionen verteidigen und ausbauen im Ruhrgebiet - aber nicht nur da. Wenn wir das wollen, müssen wir uns klar darüber sein, Genossinnen und Genossen, Nordrhein-Westfalen ist entgegen landläufigen Meinungen kein klassisches SPD-Land. In der Weimarer Zeit hatte im Ruhrgebiet das Zentrum die Mehrheit, wir lagen oft bei 15 bis 20 %, während es anderswo 60 waren. Wir hatten erst 1962 mehr als 40 % bei der Bundestagswahl. Wir hatten 1966 zum ersten Mal mehr Stimmen als die CDU. Wenn ich das sage, dann sage ich das, damit wir wissen, Hochburgen kann man auch verspielen, man darf ihrer nicht zu sicher sein. In München waren es 1972 noch 55 % und 1978 waren es noch 34 %. Und jetzt geht's da aufwärts und jetzt wünschen wir Georg Kronawitter Glück. Aber wir wissen gleichzeitig, wir dürfen es uns nicht leicht machen, wir müssen uns ganz einsetzen. Für unser ganzes Land, für das Revier wie für den bergischen Bereich, für die Eifel wie für Ostwestfalen und Lippe und das Münsterland. Das geht nur, Genossinnen und Genossen, wenn Parteitage wieder Orte der Ermutigung werden.



## **DIE ZUKUNFT VON NRW. DIE KRAFT DER SPD.**

Das hat es früher mal gegeben, daß nach Parteitag die demoskopischen Zahlen hochgingen und nicht herunter. Ob wir das miteinander schaffen und ob wir das Zweite schaffen: deutlich zu machen, der Ernstfall der Parteilarbeit ist nicht der Ortsverein und nicht die Arbeitsgemeinschaft, sondern ist die Situation, in der der Sozialdemokrat in den Vereinen und Verbänden, in den Gewerkschaften und Kirchen, im vorpolitischen Raum für sozialdemokratische Ziele eintritt, darauf kommt es an. Da ist noch viel zu tun, in Bürgerinitiativen und Schulpflegschaften. Da muß die Partei das auch honorieren, da darf sie den einzelnen nicht fragen, wie er in der Gremienarbeit gewesen ist, die auch sein muß, die aber ihren Dienstleistungscharakter wieder deutlich zei-

gen muß. Nordrhein-Westfalen, Genossinnen und Genossen, Antje hat schon davon gesprochen, steht in einer schwierigen Situation. Wir haben es schwerer als andere Länder, vor allen Dingen im Süden. Es gibt Leute, die glauben, es gäbe auf Dauer ein Nord-Süd-Gefälle. Ich kann das nicht hinnehmen. Aber deutlich muß sein, wir Sozialdemokraten bauen keine Klagemauer. Wir betteln nicht um Hilfe. Aber wir fordern ein, daß diejenigen die Probleme unseres Landes mitlösen, die von unseren Lösungen jahrzehntlang gelebt haben. Die von Kohle und Stahl gelebt haben und denen wir Milliardenbeträge gegeben haben, damit sie ihre Volkswirtschaft aufbauen konnten. Freilich, und im Beitrag von Jupp Denzer wird das deutlich werden, wer von Nordrhein-Westfalen erwartet, daß wir die Bonner Defizite ersetzen, den müssen wir enttäuschen um der Redlichkeit und um der Wahrhaftigkeit willen. Wir können das nicht. Wir können nicht eine Arbeitsteilung mitmachen, bei der Bonn die Einnahmen und wir die Ausgaben haben. Aber wir können gemeinsam mit der Bundestagsfraktion in Bonn und natürlich auch gemeinsam mit der gewählten



## **DIE ZUKUNFT VON NRW. DIE KRAFT DER SPD.**

Bundesregierung, die wir uns anders wünschen, die aber unser Partner sein muß, für dieses Land eintreten und seine Probleme zur Sprache bringen. Dabei wird sich herausstellen, die bundesstaatliche Finanzordnung ist nicht mehr in Ordnung, die muß geändert werden. Unser Steuerrecht muß im nächsten Jahr ein Thema werden, wir brauchen ein sozialeres Steuerrecht, als wir es jetzt haben. Und wenn wir das soziale Gewissen sind, dann wollen wir die Beiträge liefern.

Manche Kommentatoren tun so, als sei unser Ja zum Kohle-Vorrang, als sei unser Ja zum Stahl Sentimentalität oder Nostalgie. Davon kann doch keine Rede sein. Wir treten doch nicht für die Kohle ein, weil wir gern Bergmannskapellen hören, sondern wir treten für die Kohle

ein, weil wir wissen, wenn es diese sichere heimische Energiequelle nicht mehr gibt, dann steigt das Maß unserer Erpreßbarkeit durch andere Energien. Und deshalb leisten wir einen nationalen Beitrag.

Kohle muß umweltverträglich gemacht werden in Benutzung und Veredelung. Das ist eine Aufgabe, die darf man nicht kleinschreiben. Aber Kohle darf man nicht aufgeben in einem Land, dessen Abhängigkeit von anderen Energien wir zweimal erlebt haben, und in einer Welt, in der man gar nicht weiß, wann welcher Krisenherd wo entsteht.

Und so sagen wir zum Stahl, wir wissen, daß die Zeit der hohen Stahlproduktion nicht zurückkommt. Wir wissen, daß die, die da tätig sind, und die die Produkte weiterverarbeiten, vor schwierigen Zeiten stehen. Wir können nichts versprechen, was über unsere Kraft hinausgeht, aber unsere Solidarität, die wird nicht nur in Worten bestehen, und deshalb legen wir Wert darauf, daß ein industriepolitisch und ein regionalpolitisch vernünftiges Stahlkonzept zustande kommt. Und deshalb sage ich auch in Duisburg, daß wir nur ein Stahlkonzept mittragen können, in dem auch Dortmund und Bochum und Hagen und Siegen stattfinden.

Und da fragen wir die Bundesregierung, da fragen wir die, die uns Zögern und Zaudern vorwerfen, wie lange wollen sie sich noch hinter Moderatoren verstecken, wann kommen einmal die Pläne auf den Tisch, wann erfahren wir einmal, was die Bundesregierung wirklich will, und welche Standort- und welche Arbeitsplatzsicherung haben die im Sinn, die in dieser Republik für Wirtschaftspolitik zuständig sind. Unser Land hat seine Probleme, und wir als Nordrhein-Westfalen und als Sozialdemokraten versuchen, die Antworten auf diese Probleme zu geben. Wir tun das oft glanzlos, manchmal vielleicht zu glanzlos. Aber die Aufgabe ist auch schwer, das Land einzustellen auf den Anpassungsprozeß mit seinen ökonomischen, seinen finanziellen und sozialen Auswirkungen. Und diesen Anpassungsprozeß so abzufedern, daß die Leitlinie der solidarischen Gesellschaft gehalten wird und erkennbar bleibt, daß das Erreichte sozial und strukturell sinnvoll konsolidiert wird und daß mit den verbleibenden Möglichkeiten zukunftsweisende Anstöße für unser Land gegeben werden. Wir werden heute nachmittag die Duisburger Erklärung diskutieren und, wie ich hoffe, verabschieden. Dann wird deutlich, dieses Einstellen der Landespolitik auf

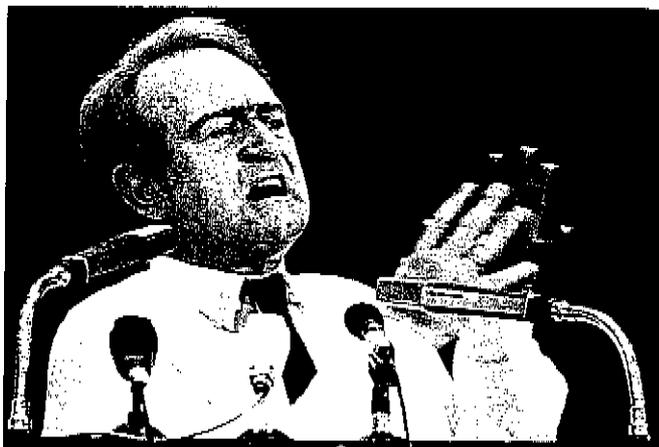
diesen Anpassungsprozeß geschieht auf einem hohen privaten und öffentlichen Wohlstandsniveau - sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich mit einer Infrastrukturausstattung in den Gemeinden und den Städten und den Kreisen, die ihresgleichen sucht. Fragt da mal die Oberbürgermeister oder die Oberstadtdirektoren, wie unsere Städte im



Vergleich zu denen in anderen Ländern sind. Was hier Sozialdemokraten an Leistung vollbracht haben, ist nicht allen präsent, muß immer wieder deutlich gemacht werden - auch deshalb, weil für diese Werte, für Wohnungsbau, für Straßenbau, für das Schul- und Bildungssystem, für die Sportstätten und die Wasser- und die Abwassersysteme - heute und in den nächsten Jahren noch bezahlt werden muß, weiter bezahlt werden muß. Darum haben wir Einschnitte geschehen lassen müssen und Einschnitte vornehmen müssen in Bereichen, die uns wahrlich wichtig sind: bei der Weiterbildung, bei der Lernmittelfreiheit, bei den Kindergärten, beim Rettungsdienst. Das war nötig, damit alle Gruppen Beiträge erbringen, damit wir Spielraum bekommen für die Zukunftschancen der jungen Generation.

Wir haben besondere Probleme. Übrigens nicht nur in der Montan- und Grundstoffindustrie. Auch bei Textil, bei Chemie und Maschinenbau sind wir in vielen Bereichen nicht mehr der Motor der wirtschaftlichen Entwicklung und damit erhöhen sich die Arbeitslosenziffern und die Konkurse, die regionalen und sozialen Probleme. Aber da sage doch keiner, das sei die Schuld der Sozialdemokraten. Im ersten Quartal dieses Jahres hat die Zahl der Pleiten bundesweit um 15 % zugenommen. Was hatte denn Herr Kohl versprochen: daß seine Regierungsübernahme das beste Beschäftigungsprogramm sein würde. Wo ist das denn geblieben? Wir haben wenig Spielraum, wir haben geringe Zuständigkeiten, wir ha-

ben zuwenig Hilfe von anderen, und der mühselige und dauernde Abwehrkampf gegen die Pläne bei Kohle und Stahl ist wahrlich schwer. Wir führen einen für die Öffentlichkeit schwer zu durchschauenden Kampf gegen die finanzielle Aushöhlung des Landes und seiner Gemeinden durch Bundesgesetze. Eine zweite Niederlage wie bei der Lohnsummensteuer könnten wir nicht mehr ertragen, könnten wir nicht mehr verkraften. Aber wenn



nun einige fragen, und einige unter uns fragen ja, wo ist eure Leistungsbilanz, dann will ich ein paar Stichworte dafür nennen. Kennt Ihr die arbeitsplatzorientierten neuen Förderprogramme, den Handlungsrahmen mit Fernwärme, das Stahlstandortprogramm, die umfangreichen Programme zur Bekämpfung der



Jugendarbeitslosigkeit, das neue Städtebaukonzept, den Grundstücksfonds für Bodenmodernisierung im Ruhrgebiet, die konsequente Landschaftspolitik durch Landschaftspläne? Wir sind das erste Land, das einen Landschaftsplan in der Bundesrepublik in einem Kreis hat verabschieden können. Wir sind führend in der Umsetzung des Bundesabwasserabgabengesetzes, der Natur- und Pflanzenschutz ist durch nordrhein-westfälische Initiativen voran gekommen, wir haben eine aktive Verbraucherschutzpolitik betrieb-

ben. Wir haben eine konsequente Luftreinhalte-Politik, wir haben Immissionschutzförderungen und Rahmenabkommen, wir haben staatliche Standards zur Entlastung der Kommunen und der freien Träger abgebaut. Wir haben unsere Probleme in einer Zeit, in der weniger Geld da ist. Aber nach dem ab 1. August 1982 das neue Gesamtschulgesetz verabschiedet worden ist, sind 14 neue Gesamtschulen errichtet worden. Das waren unsere bildungspolitischen Akzente. Wir haben als Landesregierung der Fraktion zugesagt, daß wir das Geleistete praktisch verwendbar aufarbeiten und eine bis hin in jede Gemeinde nachvollziehbare Bilanz als Mandatsträger zur Verfügung stellen wollen. Leistungen sind der rückwärts gerichtete Teil der Politik. Aber die Grundlinien der solidarischen Gesellschaft gelten auch für die kommenden Jahre. Da geht es darum, den Kampf für soziale Rechte und für geistige Freiheit miteinander zu verbinden. Da geht es darum, zu streiten für die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit, für Chancengleichheit, gegen eine konservative Gesellschaftspolitik, die wieder Bildungsbarrieren errichten will von unten nach oben, unter dem Deckmantel der Wirtschaftsbelebung umverteilt, und die Mitbestimmung und Mitgestaltung zurückdrehen will. Von den vier Milliarden Steuerentlastung der Regierung Kohl gehen 3,5 Milliarden an die Unternehmen und 500 Millionen, das sind 12 %, so ungefähr, die bleiben für die Masse der Arbeitnehmer. Wir sagen, das ist falsche Umverteilungspolitik. Da gilt es jetzt, Dinge zusammenzufassen, da gilt es, Plätze zu schaffen im Ausbildungs- und Schulbereich, und die Diskussion wird zeigen können, daß sich das, was da geschieht, sehen lassen kann. Wir hatten keine Ausbildungsplatzgarantie abgegeben vor der Wahl, und es war beschämend, daß uns dann die Briefe aus Bonn erreichten, wir sollten doch den jungen Leuten einen Ausbildungsplatz besorgen. Da soll ein ganzer Jahrgang, der vor der Wahl angesprochen und dem was versprochen wird, offenbar behandelt werden mit dem Auf und Ab eines Kursbarometers, jeden Tag eine neue Nachricht. Was denken sich eigentlich Menschen, die sich solche Wahlschlager einfallen lassen, über die Würde des Menschen und über die Hoffnung einer jungen Generation? Wir wissen und wir sagen es seit Jahren, die Probleme der Arbeitswelt lassen sich in einer Zeit zunehmender Produktivität und geringer gewordenen Wachstums nicht lösen ohne Arbeitszeitverkürzung. Ich will das jetzt nicht ausbreiten. Wir haben in vielen Veranstaltungen darüber gespro-

chen, sondern ich will noch einmal sagen, wir können über die Wünschbarkeit von Wachstum Stunden und Stunden reden. Wenn diese Gesellschaft nicht begreift, daß qualifiziertes, daß ausgewähltes Wachstum, daß menschlich entschiedenes Wachstum das Thema sein muß, dann wächst alles, aber eben nicht nur der Wohlstand, sondern auch das, was wir an schrecklicher Ausbeutung unserer Welt erleben. Man kann das ja sehr einfach sagen. Soll wirklich die Produktion von Medikamenten noch mehr wachsen? Oder brauchen wir bessere und weniger? Und brauchen wir eine andere Art zu leben, damit nicht alles wachsen muß. Aber wenn ich das alles einmal weglasse, dann bleibt doch die Frage, und die muß man doch auch Herrn Esser oder auch Herrn Rodenstock stellen, damit sie aus ihren Tabu-Gräben herauskommen, wenn sie uns immer wieder versichern, daß es keine Arbeitszeitverkürzung geben könne. Gibt es denn eine schlimmere, eine inhumanere, eine volkswirtschaftlich dümmere Arbeitszeitverkürzung, als die mit 2 1/2 Millionen Arbeitslosen, die auf Null gesetzt sind?

Das ist eine Sache der Tarifpartner. Da können wir nur anschieben und fördern, aber in einigen Bereichen können wir auch was tun. Deshalb bin ich Jürgen Girsensohn für seine Vorschläge dankbar, was die Lehrer angeht und den übrigen Kabinettskollegen, die aufgrund einer Studie, die Friedhelm Farthmann vorgelegt hat, in Einzelaspekten rechtliche, beamtenrechtliche, im Bundesrat einzubringende Initiativen vorbereiten. Das ist das, was wir tun können, aber das ist längst nicht alles und das ist nicht das Entscheidende. Und deshalb sage ich, in diese Politik paßt auch die Entscheidung, im Jahre 1984 ein Gesetz zu verabschieden, damit ab 1985 in Nordrhein-Westfalen wie in anderen Bundesländern Bildungsurlaub möglich wird. Ich habe das versprochen und ich will das halten.

Und ich füge hinzu, das machen wir doch nicht, um ein paar Handwerksmeister oder ein paar Mittelständler zu ärgern. Im Gegenteil, für einige von denen müssen wir Ausgleichsregelungen finden. Sondern das tun wir, damit uns das Potential erhalten bleibt, das das entscheidende Potential in Nordrhein-Westfalen ist: Der qualifizierte Arbeiter, der phantasiereiche Techniker, der kreative Kaufmann, die sollen in diesem Land die Chance haben, sich weiterzubilden und ihre Orientierung zu qualifizieren. Und darum wollen wir diesen Schritt gehen. Wir brauchen eine Struk-



tur und eine Industrie, eine energie- und eine umweltpolitische Gesamtstrategie. Das ist leichter gesagt als getan, das ist ein mühevolleres Geschäft: bei Luftreinigung, bei Sanierung der Altanlagen, bei gleichzeitigem Angehen gegenüber anderen Verbrennungsvorgängen, bei der weiteren Umsetzung unseres Fernwärme-Konzeptes und beim Festhalten am Vorrang von Energiesparen und rationeller Energienutzung. Wir brauchen eine Konzentration des Aktionsprogramms Ruhr und seine Einbettung in eine Ruhrgebietspolitik, die neue konkrete Ansatzpunkte für Technologie und Innovation und neue Produkte liefert, ohne daß wir unsere Verantwortung für Kohle und Stahl vernachlässigen. Die innere Umrüstung unserer Industrie ist das Thema, nicht die Frage, ob wir Kohle und Stahl verdrängen wollen. Da sind unsere Einflußmöglichkeiten gering. Denn Wirtschafts- und Struktur- und Steuerpolitik gehen nur auf dem mühsamen Weg über den Bundesrat. Und wer unseren Kampf gegen falsche Bauherrenmodelle und sinnlose Abschreibungsmöglichkeiten angesehen hat, den Diether Posser eingeleitet hat, der weiß, wie lange so etwas dauert. Aber wir sind stolz darauf, daß wir in Fragen der Wirtschafts- und der Umweltkriminalität und ihrer Bekämpfung wach waren, bevor andere das Feld auch nur entdeckten.

Es geht um den Frieden mit der Natur und um die Erhaltung der Umwelt. Mit Landschaftsplanung und Biotopschutz, mit dem Ankauf ökologisch wertvoller Flächen, wie das erreicht worden ist mit der Verdoppelung der Naturschutzgebiete. Aber natürlich müssen wir darüber hinaus stärker in die Abfall- und Recyclingwirtschaft, die marktfähig ist und die gleichzeitig öffentlichem Interesse entspricht.

Wir brauchen mehr Schutz vor Chemikalien durch vorbeugenden Umweltschutz in der Landwirtschaft.

Genossinnen und Genossen, ich habe Euch die Rede, die ich am Mittwoch dazu im Landtag gehalten habe, vorgelegt, und ich will hier noch einmal zitieren, was wir im Wahlprogramm am 21. Januar gesagt haben:

Es genügt nicht, die Probleme von Ökologie und Umweltschutz richtig zu erkennen und ihre Ursachen zu benennen. Wer verändern will, muß praktische Verantwortung übernehmen und gestalten wollen. Ohne den Willen und die Fähigkeit zur praktischen Umsetzung des Gewollten wird niemand seiner Verantwortung vor der Zukunft gerecht. Dazu gehört allemal die Bereitschaft zum konstruktiven Kompromiß zwischen widerstreitenden Interessen. Wir Sozialdemokraten sind dazu bereit.

So gibt es nicht nur Sorgen um die Welt. Es gibt eine weit über unsere Partei hinausgehende Diskussion unter vielen Menschen und wahrlich nicht bloß unter jungen, wie man denn den Frieden sicher machen könnte. Wir wollen das Thema heute nicht in den Mittelpunkt unseres Parteitages stellen. Wir werden im Herbst Gelegenheit haben, darüber zu sprechen. Ich möchte die Tatsache, daß der amerikanische Vizepräsident heute in Nordrhein-Westfalen ist, nutzen, um eine Bemerkung zu machen: Niemand darf sich im unklaren sein, niemand darf der oft geschürten Unklarheit Vorschub leisten: Wir diskutieren im Bündnis, und wir diskutieren nicht über das Bündnis.

Unser Ja zum Westen ist klar und eindeutig. Wir sind keine Wanderer zwischen beiden Welten.

Aber Genossinnen und Genossen, mich überkommt betroffenes und erschreckendes Erstaunen, wenn ich feststelle, daß die Union jeden, auch jeden unbedachten Satz oder Halbsatz eines amerikanischen Generalstäblers und Sicherheitsberaters als innenpolitischen Schlagstock gegen die SPD verwendet und dann betreten schweigt, wenn die Amerikaner, die sich deutlich und ausführlich äußern, katholische Bischöfe sind. Ist das eine besonders subtile Form von Antiamerikanismus bei der CDU, oder ist das eine besondere neue Christlichkeit der christlich firmierten Partei? Oder ist das die schlichte Verstocktheit gerade derer, die uns im Bundestagswahlkampf 1980 im Interesse ihres eigenen Wahlerfolges einzelne Zitate aus einem Hirtenbrief mißbräuchlich um die Ohren geschlagen haben? Wir fragen danach, und wir fügen hinzu, es wird in dieser Welt nicht nur genug gerüstet, sondern zuviel. Es gibt viel an Kriegs-, an Militärforschung, und deshalb bin ich betroffen, daß die Deutsche Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung, die Gustav Heinemann angeregt und gegründet hat, jetzt ganz still sterben soll. Und da sage ich: Wir werden darauf achten bis zum Herbst, ob die Sache, um die es da geht, erhalten bleibt. Denn es muß mehr



geforscht werden über den Frieden und über die Konfliktbeherrschung als über neue militärische Potentiale. Und wenn die Sache nicht erhalten bleibt, dann wird Nordrhein-Westfalen aufrufen, ein Gustav-Heinemann-Institut für Friedens- und Konfliktforschung in unserem Lande zu gründen.

Laßt mich an dieser Stelle sagen, eine Volkspartei, darüber wird ja viel geredet, was das ist; eine richtige Volkspartei muß auch ein Gespür haben für das, was es in anderen Völkern gibt. Sie darf nicht einäugig sein, und sie darf nicht blauäugig sein. Und deshalb meine ich, es wäre eine Auszeichnung dieses Charakters der Volkspartei der nordrhein-westfälischen SPD, daß wir im vergangenen Jahr als erste Parteiorganisation von allen Parteien eine Aktion gemacht haben: "Solidarität mit Solidarnosc" und daß ein Mann wie Lew Kopelew, der inzwischen ein Bürger unseres Landes ist, uns dabei geholfen hat. Und deshalb meine ich, es wäre eine Auszeichnung als Volkspartei, daß wir in diesem Jahr daran erinnern, daß in Nicaragua Menschen sterben und daß in Chile Menschenrechte geknechtet werden. Und deshalb war Ernesto Cardenal unser Gast. Beide, Lew Kopelew aus der Sowjetunion, der jetzt bei uns lebt - und ich möchte, Sacharow könnte auch hier leben, nachdem, was ihm geschieht - und Ernesto Cardenal, das ist die Spannweite. Und da frage ich die jungen Menschen, ist das nicht eine Partei, zu der man hinzukommen muß? Denn wieviele Hoffnungen sind zerstört worden in den letzten Jahrzehnten, als Dubcek abgelöst und später, als Allende ermordet wurde. Ich bin nicht für billige Gleichsetzung. Aber ich bin dafür, daß wir, gerade weil wir Bodenhaftung haben, uns den Blick in die Welt nicht verstellen lassen und daß wir da mittun, wo wir Menschen in Not und in Elend, auch in innerer Not helfen können.

Das alles, was jetzt mit dem Wähler zu besprechen ist, das alles, was wir ins Gespräch mit dem Bürger bringen möchten, und dafür müssen wir uns Zeit nehmen, das alles ist wie in einem Brennglas in den sozialen Verwerfungen der Gegenwart erkennbar. Wir sind nicht zuletzt eine sozialpolitische Partei. Aber wir sind auch nicht die, die mit dem Cocktailglas herumstehen und ständig vom Mißbrauch der Sozialgesetze reden. Wir glauben, daß es auch Mißbrauch gibt. Natürlich gibt es auch Mißbrauch bei Sozialhilfe und Arbeitslosengeld; den muß man abstellen. Aber wir möchten, daß über Mißbrauch da nicht mehr

und nicht herablassender geredet wird als über den Mißbrauch, den wir in vielen Bereichen, in anderen Berufs- und Einkommensschichten haben. Das hat was mit Gerechtigkeit zu tun.

Sozialpolitik ist nicht bloß für Schönewetterzeiten. Und wer eine schwierige wirtschaftliche Situation dazu mißbraucht, die Menschen herauszunehmen aus der Versicherung ihrer Grundrisiken, der findet unseren Widerspruch. Das war kein Sozialdemokrat, der gesagt hat: "Wenn die Menschen im Westen den Glauben daran verlieren, daß demokratische Regierungen die Kontrolle über ihre wirtschaftlichen Geschicke besitzen, wird die Wirtschaftskrise zu einer Krise der westlichen Demokratien werden." Das war Henry Kissinger, und ich gebe ihm Recht. Und viele, die durch die Aufschwungparole hinter das Licht geführt worden sind, müssen wissen, die Sicherung des einzelnen vor materieller Not ist gerade in Krisenzeiten nötig. Darum gibt es doch die sozialen Leistungssysteme, damit die Grundrisiken abgesichert werden können. Mit gesetzlicher Krankenkasse und Rentenversicherung. Mit Arbeitslosenversicherung, Sozialhilfe, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Damit wir nicht nur selber, sondern damit unsere Bürger vor den Wechselfällen des Lebens, vor Not und bei Krankheit und im Alltag gesichert sind. Die Ellenbogengesellschaft, Genossen und Genossen, hat keine Zukunft. Aber die solidarische Gesellschaft hat Zukunft. In vielen Köpfen ist längst die Einsicht gereift, daß viele noch Zuwachs brauchen, daß aber materieller Luxus und Wohlstand nicht alles sind. Menschliche Wärme ist auch ein erstrebenswertes hohes Gut. Freizeit für die Familie, für die Freunde, für den sozialen Dienst, für die politische Mitwirkung sind auch etwas, wofür Sozialdemokraten gestritten haben. Und wenn man das erreichen will, daß menschliche Wärme und menschliche Werte auch materielle Krisenzeiten überstehen können, dann muß Gerechtigkeit herrschen, und darum treten wir für soziale Gerechtigkeit ein. Das tun wir mit allen, die bereit sind, mitzutun. Und darum sagen wir den Arbeitgebern: Vergessen Sie es nicht, sozialer Friede ist auch ein Produktions- und Produktivitätsfaktor. Wir sind das Land mit den geringsten Streiktagen unter allen Industrienationen. Das verdanken wir auch der Tatsache, daß wir eine so starke Einheitsgewerkschaft haben, und wir wollen nicht, daß immer nur die Gewerkschaften in Polen gelobt werden und daß sie hier gedemütigt werden.

Und darum sage ich Michael Geuenich ein Wort des Dankes und sage, das wissen wir, und die, die lange bei uns sind, wissen es schon lange. Es geht nur, wenn diese beiden Wurzeln der Arbeiterbewegung zusammenbleiben. Nur dann kann der Baum gute Früchte tragen. Das heißt nicht, daß wir eine reine Arbeiterpartei werden müssen. Wo sind denn die Aufsteiger eigentlich hergekommen. Woher kommen denn die, die ihre Privilegien gegen uns verteidigen, weil sie vergessen haben, daß wir ihnen diese Privilegien der weiterführenden Bildung erst verschafft haben?

Und darum kämpfen wir um die Mitte. Nicht um von links wegzukommen, sondern um den Aufsteigern und den Aufgestiegenen zu sagen, es ist diese Gesellschaft, diese von Sozialdemokraten bestimmte Gesellschaft, die, die solche Strukturen und Infrastrukturen geschaffen haben, die Euch das gebracht haben, was Ihr habt. Niemand will Euch das wegnehmen. Neid ist kein Mittel der Politik. Niemand will Euch das wegnehmen. Aber wer glaubt, er könne die Struktur vergessen, aus der das stammt, der darf sich nicht wundern, wenn er eines Tages nicht mehr bei Mittelstandskongressen Diskussionen führen kann, sondern wenn die Konzerne dafür sorgen, daß der Mittelstand ganz schön mittel und ganz wenig beständig bleibt. Darum müssen wir über Mittelstand reden. Wir müssen eine Offensive der neuen Bündnisse machen und, damit mich keiner mißversteht, nicht der neuen Koalitionen. Mein Bedarf an Koalitionen ist auf lange Zeit gedeckt.

Wir suchen keine Koalitionspartner, wir suchen Wähler, von denen haben wir zu wenig. Aber dennoch interessiert uns, was wird aus der FPD in den nächsten Jahren. Bleibt sie in der Sackgasse der reinen Wirtschaftspartei oder wird es mal wieder organisierten Liberalismus geben. Dennoch interessiert uns, was wird aus denen, denen die herkömmlichen Parteien keine Antwort zu geben scheinen. Werden die abseits stehen, oder werden die in politische Sekten geraten, oder tun wir genug, um sie für uns zu gewinnen? Durch die Art des Umgangs mit ihnen und durch die Art des Umgangs untereinander. Das sind Fragen, die sollten wir stellen. Neue Bündnisse: Wir brauchen ein Bündnis, und wir können sie doch fragen, die Menschen in den Kirchen, die von den Problemen der dritten Welt noch stärker bewegt werden, als viele unter uns: Wo ist denn die politische Kraft, die das aufnimmt, wenn nicht die Sozialdemokratie? Wir

müssen sie doch fragen, nicht nur die aus dem Mittelstand, von denen ich eben gesprochen habe, auch die alten Menschen müssen wir doch danach fragen, wie wäre es mit einem neuen Bündnis, weil wir eure Erfahrungen brauchen in einer schwerer gewordenen Zeit? Wie kommen wir zu einem Bündnis mit der jungen



## **DIE ZUKUNFT VON NRW.**

### **DIE KRAFT DER SPD.**

Generation, wie wir es in der 2. Hälfte der 60er mit Willy Brandt's Hilfe zustande gebracht haben, und das hat uns ja allen Narben beigebracht. Aber das ist doch unser Stolz, daß, als die CDU/CSU sich einer ganzen Generation verweigert hat, daß wir da Narben in Kauf genommen haben um unserer Demokratie willen. Nun fragt mal weiter nach, mit welchen Einzelgruppen, mit wem wir über ein solches Bündnis reden müßten. Übrigens auch mit den Ärzten, mit den Heilberufen, viele von denen werden doch nur diffamiert durch die Mißbräuche einiger ihrer Kollegen. Da ist doch nicht ein ganzer Stand abzuschreiben, sondern da gibt es doch viele Fragen danach, ob nicht diese technisierte Medizin Platz machen müßte einem neuen Verhältnis von Arzt und Patient, von Schwester und Patient. Und so könnte ich viele Gruppen nennen, mit denen ein solches Bündnis gesucht werden müßte, auch mit denen, die Liberalität wollen. Liberalität auf der Straße und vor Gericht, bei Demonstrationen und im Prozeß, in den Medien, in den Schulen und Hochschulen. Recht und Ordnung gehören zu unserem Gemeinwesen. Und Helmut Simon hat recht gehabt, wenn er schon vor 10 Jahren gesagt hat, zwei Dinge haben wir nach 1945 bekommen und gewonnen. Und wir reden nur von dem einen und nicht von dem anderen: das eine ist die Demokratie und das andere ist der Rechtsstaat. Und darum müssen die, die diesem Rechtsstaat dienen, im öffentlichen Dienst als Beamte und Richter, als Polizisten, als Soldaten, die müssen wissen, daß wir Partner sind und daß wir gesprächsfähig bleiben. Aber

das bleiben wir nur, wenn wir gleichzeitig sagen: Recht und Ordnung machen das Grundgesetz nicht aus, sondern Menschenwürde, Gleichheit vor dem Gesetz, Bekenntnisfreiheit, Meinungsfreiheit und auch der Satz, daß Eigentum verpflichtet. Erst der soziale Rechtsstaat ist der, den wir wollen. Wie sieht es aus mit dem neuen Bündnis, mit denen, die uns in der Kommunalpolitik manchmal helfen und manchmal drücken, die die Nachbarschaft neu entdeckt haben, den Stadtteil, die eine eigene Publikationskultur zustande gebracht haben, die oft in ihrer Wirkung über die Lokalausgaben der Zeitungen hinausgehen? Wie sieht das aus mit dem neuen Bündnis, mit denen, die man in anderen Sprachbereichen technische Intelligenz nennt. Ich denke doch auch darüber nach, über das, was viele von uns bewegt, darf man alles, was man kann? Ist alles verantwortbar, was machbar ist? Seht mal in die Fachzeitschriften, das sind doch nicht alles blasse, blutleere Technokraten, das sind doch Bündnispartner. Da müssen wir deutlich machen, wir sagen ein Ja zu neuen Technologien, aber wir wollen sie sozial-verträglich machen. Uns ist die Verkabelung der Bundesrepublik nicht so wichtig wie die Verrohrung, weil Fernwärme besser ist als Fernsehen. Aber bleifreies Benzin ist doch ein Thema. Das hat doch was damit zu tun, wie wir Leben und Arbeit zusammenbringen. Warum reden wir nicht mit den Technikern darüber. Ich lade ein, mit Phantasie nach neuen Partnern zu suchen. Und dazu gibt es viele Gelegenheiten. Dazu aber muß eine Partei bodenständig sein, und sie darf nicht bloß am Boden kleben bleiben. Die Europawahl wird das deutlich machen. Ich habe das gestern ein bißchen überspitzt gesagt: Wenn die Delegiertenkonferenz für die Europakandidaten nur darin besteht, daß wir da Namen ankreuzen, müssen wir ja wohl nicht unbedingt hingehen, sondern da muß geredet werden über die europäischen Probleme. Über die Beschäftigungspolitik, über Kohle, über Stahl, über einen wahnwitzig gewordenen Agrarmarkt, mit dem wir Überflüssiges produzieren und finanzieren. Wir müssen endlich wieder den politischen Gegner zur Kenntnis nehmen. Ich will das nur an einem kleinen minimalen Beispiel sagen: Hier in Nordrhein-Westfalen gab es vor sieben Jahren eine sogenannte "Filzdebatte". Ich fand sie unrühmlich. Aber was ist eigentlich mit dem, der die damals angeregt hat, hat der eigentlich aufgeschrien und geschimpft, als zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik, nämlich in Bayern, jemand gleichzeitig Partei- und Staatssekretär

sein konnte, Edmund Stoiber hieß er. Schreit er eigentlich auch angesichts der Tatsache, daß ausgerechnet der Jugend- und Familienminister für die ganze Bundesrepublik zugleich erster Sekretär seiner Partei ist? Ist das kein Filz?!

Wir sagen, das ist stilwidrig, das ist der Demokratie abträglich, und wir sagen, eine Partei wie die CDU, die auf neue Probleme mit alten Rezepten antwortet, die kann eine Wahl gewinnen, das haben wir erlebt, aber die braucht einen öffentlichen Widerpart, der glaubwürdig ist. Und glaubwürdig ist man nur, wenn man mehrheitsfähig und mehrheitswillig ist. Wer meint, mit der Harmonie der kleinen Richtigkeiten kämen wir schon zurecht, der mauert die Partei ein und der bekommt nicht den offenen Blick und nicht die freie Tür zum Bürger. Da ist an unserem Tun einiges zu ändern. Vielmehr gelten wir als Problemwölfer und als Schwarzseher und als Bundesbedenkenträger. Das darf nicht unsere Rolle sein. Die Leute mögen es auch nicht, wenn sie in einer wirtschaftlich schwierigen Situation den Eindruck haben, die Ärzte stehen am Bett des Patienten und streiten darüber, ob er noch zu retten wäre, und weil sie so lang streiten, darum kommt es nicht zu einer Indikation. Deshalb müssen wir heraus aus dem Streit, brauchen wir neue Einigkeit, die die Vielfalt nicht zerstört, müssen wir Mut machen, statt mies zu machen, und muß der Bürger wissen, wo Sozialdemokraten zusammen sind, da sind sie nicht mit sich selber beschäftigt, sondern da sind die dabei, meine Sorgen zu hören, mir Hilfe zu leisten, auch Hilfe durch Zurechtweisung und Zurückweisung. Aber das ist eine Partei, die ist nicht in sich selbst verliebt, sondern sie ist um der Menschen willen da. Das sollten wir zeigen. In Nordrhein-Westfalen, in den Städten und Gemeinden, im Bund, in der Nachbarschaft, nicht bloß auf Kongressen, sondern so wie wir miteinander umgehen, dann entwickelt das Sog-Wirkung, dann kommen wieder Menschen und stellen uns ihre Fragen, und dann werden wir innerlich frei zu neuen Antworten.